„Fakten werden ignoriert“

Zum Thema „Verbundschule Winterberg-Siedlinghausen“ erreichte uns Folgendes:

In einem weiteren Offenen Brief der Bürgerinitiative Siedlinghausen wendet sich diese im Vorfeld des Gespräches mit dem Ältestenrat der Stadt Winterberg am 6. September an die Öffentlichkeit und trägt wiederholt ihre Sichtweisen vor. Dabei ignoriert sie Fakten bzw. interpretiert sie unzutreffend:

1. Selbstverständlich ist der Rat der Stadt Winterberg für ein zukunftsfähiges Schulangebot zuständig. Vor dem Hintergrund aber, dass sich die Geburtenzahlen in der Region Medebach, Hallenberg, Winterberg in den letzten 30 Jahren fast halbiert haben, hat die Bezirksregierung Vorschläge unterbreitet, wie die drei Städte zukunftsfähige Schulperspektiven schaffen können. Mit ihrem Bürgerbegehren und Offenen Briefen verfolgt die Bürgerinitiative Siedlinghausen das Ziel, den Standort Siedlinghausen zu halten. Man läuft Gefahr, dass sich die Nachbarstädte aus dem regionalen Konsens verabschieden könnten, der auch die Zukunftsfähigkeit des Gymnasiums sichern soll.

2. Für die Zukunftsfähigkeit ist nicht entscheidend, dass

die Verbundschule Winterberg-Siedlinghausen derzeit fast 500 Schüler aufweist. Fakt ist: Die Verbundschule hat zum zweiten Mal die gesetzliche Mindestvorgabe von 36 Anmeldungen für die zweizügige Eingangsklasse 5 der Hauptschule nicht erreicht. In ihrer Stellungnahme vom 22.08.2016 hat die Bezirksregierung deshalb und weil sich neue Schulstrukturen in der Region bilden sollen, bisher darauf verzichtet, die Stadt aufzufordern, schulorganisatorische Maßnahmen bei der Verbundschule zu ergreifen. Das heißt, ein längeres Zuwarten würde die Gefahr heraufbeschwören, ohne Bildung der Eingangsklasse 5 schulorganisatorische Maßnahmen in Angriff nehmen zu müssen, eine „sterbende Verbundschule auf Raten“ zu riskieren.

3. Richtig ist zwar, dass sich die Bezirksregierung in ihrer Stellungnahme mit einer Sekundarschule Winterberg-Siedlinghausen zum Schuljahr 2017/2018 beschäftigt. Sie kommt zum Ergebnis, dass, wenn die Bürgerinitiative an die Überführung in eine eigenständige Sekundarschule denken sollte, diese wenn überhaupt nur an einem Standort geführt werden sollte. Eine Sekundarschule hat einen höheren Lehrerberdarf

als eine Verbundschule, da die Lehrer eine andere Pflichtstundenzahl haben. Aus pädagogischer Sicht müsse bedacht werden, dass bei einer relativ geringen Schülerzahl der „auf Kante genähten“ Sekundarschule die Lehrerversorgung nicht üppig werde, das erst recht bei einer Sekundarschule an zwei Standorten.

4. Bedenken, ein Medebacher Standort einer gemeinsamen Sekundarschule könne die Dreizügigkeit nicht nachweisen, sind lt. der Schulentwicklungsplanung der Städte Medebach und Hallenberg nicht begründet, da sie die Dreizügigkeit von 60 Schülern pro Jahr nachweisen können. Selbst wenn es einmal nur vier Klassenzüge für eine Sekundarschule Medebach-Winterberg, also nur 80 Kinder, geben sollte, wäre dies nach dem Schulgesetz kein Problem. Dies haben Vertreter der Bezirksregierung zugesichert, sodass der Bestand des Teilstandortes gesichert wäre.

5. Die Meinung der Bürgerinitiative, der Ratsbeschluss der Stadt Winterberg sei rechtswidrig, ist nicht haltbar. Er ist rechtmäßig getroffen und kann nicht im Vollzug gehemmt werden, es sei denn, ein Bürgerbegehren würde zu einem späteren Zeitpunkt vom Rat als zulässig angesehen

werden müssen. „Völlig aus der Luft gegriffen“ ist die Kostenschätzung für die Entwicklung des Standortes Kernstadt zu einem Sekundarschulstandort von bis zu 5 Mio. Euro. Diese wird nicht annähernd dieses Kostenvolumen erreichen, eher würde ein größerer Millionenbetrag in Siedlinghausen notwendig werden, da dieses Gebäude viel kleiner ist als das in Winterberg. Fakt ist, dass es für den Standort Siedlinghausen die ein oder andere Fördermaßnahme gegeben hat; die Zweckbindungsfristen sind abgelaufen. Lediglich für eine kleinere Maßnahme gab es vor 16 Jahren eine Förderung von rd. 52.000 Euro. Deren 20-jährige Zweckbindung läuft 2020 ab, zwei Jahre nach einer voraussichtlichen Schließung des Standortes. Eine Rückzahlung von dann rd. 5.000 Euro sind nicht zu erwarten.

Was die Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung in NRW betrifft, so wird darauf hingewiesen, dass gerade in ländlichen Räumen Sekundarschulen eine gute Zukunft haben.

Stadt Winterberg

Leserbriefe geben die Meinung des Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion wieder. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor.